

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

42 (26.1.1921) Abendausgabe

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik und Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld und Garten / Volk und Heimat.

Eigentum und Verlag von Verb. Zeitungsverl.

Verantwortlicher: ...

Berliner Schriftleitung: ...

Vertriebsstellen: ...

Verlags-Preise: ...

Anzeigen: ...

Im Fall höherer Gewalt: ...

Verlängerte Fristen für die Entwaffnung.

Einwohnerwehren bis 1. Juli.

Paris, 26. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die abgeänderten Vorschläge der Militärjahresverständigen bezüglich der deutschen Entwaffnung ist bis jetzt bekannt, daß Marschall Foch und Marschall Wilson die Frist für die Entwaffnung und für die Abführung bedeutend ausgedehnt haben, und zwar sowohl für die Lieferung von Kriegsmaterial, als auch für die Einstellung der vorläufigen Produktion, und für die Auflösung der Einwohnerwehren usw. Diese Fristverlängerungen betragen verschiedentlich 1-4 Monate. Die „Chicago Tribune“ ist in der Lage, mitzuteilen, daß die Frist für die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern und in Ostpreußen bis zum 1. Juli verlängert worden sei.

Lloyd George und Foch.

Paris, 26. Jan. Heute morgen bestätigte das „Deuore“ in einem Leitartikel bis zu einem gewissen Grade die gestrigen Indispositionen von Bertinax. Des Blatt schreibt: „Lloyd George habe den von Marschall Foch vorgelegten Bericht nicht für gut gehalten und dabei seine Ansicht in einer sehr erregten und normalen Art und Weise ausgeäuert. Er habe dem Bericht nicht ohne Zeichen von Unbehagen zugehört, und als Foch seinem Bericht noch ein Kommentar hinzugefügt, ließ Lloyd George Bemerkungen über die hohe politische Auffassung des großen Soldaten gemacht haben, die von den Anwesenden ironisch aufgefaßt werden konnte. Als dann der englische Marschall Wilson ebenfalls einige Bemerkungen über den Bericht des Marschall Foch machte, schlug Lloyd George mit seinem Federmesser auf den Tisch und rief: „Ja, wenn diese Herren selbst nicht einig sind, so sollten sie sich erst untereinander beraten, aber anderswo und erst dann wieder herkommen, wenn sie einig geworden sind.“ Daraufhin verließen die beiden Marschälle nicht ohne daß man sie ziemlich brüsk darum gebeten, den Quai d'Oran. Das „Deuore“ glaubt auch zu wissen, daß Lloyd George von den heftigen Angriffen des Bertinax ziemlich unangenehm berührt wurde. Er soll sogar erklärt haben, daß er niemals wieder nach Paris kommen werde, wenn man ihn so behandle.

Das Problem Oesterreichs.

Paris, 26. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Im „Echo de Paris“ steht Bertinax' Meinung über die Erörterung des österreichischen Problems u. a. folgendes: „Als der französische Finanzjahresbericht von den 250 Millionen Dollar sprach, die während der nächsten 5 Jahre nötig seien, um Oesterreich lebensfähig zu erhalten, unterbrach ihn Lloyd George mit folgenden Worten: „Es ist jetzt für jeden Staat unmöglich, diese Summe aufzutreiben. Wir in England können nicht einmal 125 Millionen Pfund ausbringen, um in London Arbeiterhäuser zu bauen, und dabei hat London mehr Einwohner, als die ganze österreichische Republik. Da sollen wir nun noch Geld herbeischaffen, um einem fremden Volke zu helfen. Kredit, die von Banken gewährt werden, sind das einzige Mittel, Staatskredite sind unmöglich. Die Zeit der Staatskredite ist vorbei.“ Foch machte darauf die Bemerkung: „Wer sind wir nicht eigentlich für das Elend Oesterreichs verantwortlich? Haben wir es nicht zerbombt?“ Darauf replizierte der englische Ministerpräsident: „Wir sind es keineswegs. Verantwortlich dafür sind nur die Ereignisse. Nebenfalls Oesterreich zu helfen ist Sache derjenigen Staaten, die von seinem Ruin profitiert haben, also Italien und Frankreich. Wir Engländer sind mit den Amerikanern die einzigen, die bis jetzt Oesterreich finanziell unterstützt haben und zwar mit einem Gesamtbetrag von 14 Millionen Pfund, und mit dieser ganzen Milieipolitik haben wir noch keinen dauernden Erfolg gehabt.“

Eine Notenbank.

Paris, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Stein der Weisen, den man hier finden will, um das Elend Oesterreichs zu beheben, besteht wahrscheinlich darin, daß man den Wienern eine internationale Notenbank schenkt. Die Frage dreht sich darum, wo und wie man das Geld finden soll, um dem österreichischen Kredit wieder auf die Beine zu helfen. Die Sachverständigen sollen sich darin einig sein, daß für das laufende Jahr 60 Millionen für Lebensmittel und 20 Millionen für Rohstoffe nötig sind. In den nächsten vier Jahren sieht man weitere 170 Millionen vor, so daß insgesamt 24 Milliarden notwendig ist. Die Frage ist, wer das Geld beschaffen soll, die Banken oder die Entente-Regierungen. Wer wird mit der Durchführung der Finanzierung beauftragt, die Wiedergutmachungs-

Japans Vorherrschaft in Ostasien.

London, 26. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Bei Eröffnung der neuen Session des japanischen Reichstages griff Cato, der Führer der Opposition, die Regierung heftig an wegen der Befehlung japanischer Truppen in Sibirien. Ministerpräsident Hat a antwortete: Die Regierung würde diese Truppen gern zurückziehen, allein die Befehlung dieser Truppen in Sibirien sei nötig, um die nationale Verteidigung Japans zu sichern. Die Truppen, die in Wladimostok standen, seien nämlich erforderlich für den Schutz der japanischen Bevölkerung in dieser Stadt. Sie seien auch für den Schutz der Eisenbahn Wladimostok-Charbin als Operationsbasis notwendig.“ Der Außenminister Uchi a erklärte: „Die japanische Regierung ist im Begriff, die Kontrolle und Verwaltung einer Gruppe von früheren deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Äquators zu übernehmen und zwar aufgrund eines Sonderabkommens mit England, das sich auf die Mandate über diese Inseln bezieht und nunmehr in Kraft tritt.“ Aus den Erklärungen des Regierungsvortreters kann entnommen werden, daß die japanische Regierung entschlossen ist, gegenüber dem amerikanischen Wettbewerb die Vorherrschaft in Ostasien und im Stillen Ozean aufrecht zu erhalten.

Der Londoner Bergarbeiter-Kongress.

London, 26. Jan. In der heutigen Schlußsitzung des Vollausschusses des internationalen Bergarbeiterbundes wurde die Lage der Kohlenindustrie Deutschlands erörtert, wie sie in dem Bericht der deutschen Delegierten auseinandergesetzt wird und eine ausführliche Entschliessung angenommen, in der von den Erklärungen in dem Bericht der deutschen Delegierten Kenntnis genommen wird, wonach Kohlenvorräte von 900 000 Tonnen im Ruhrgebiet und 300 000 Tonnen in Oberschlesien jetzt aufgehäuft sind, die sowohl für den Gebrauch im Inland, als auch in Erfüllung der Bedingungen des Spaer Abkommens an Frankreich abgeführt werden können, wenn hinreichend Transportmittel für diesen Zweck zur Verfügung stehen. Der Ausschluß nahm auch zur Kenntnis, daß den deutschen Arbeitern Ueberhöhen auferlegt wurden, während ihre Versorgung mit Lebens-

oder die internationale Kreditkommission? In dieser sind auch die neutralen Staaten vertreten. Im Grunde ist es der Entente natürlich weniger darum zu tun, daß Oesterreich wieder auf Schwappen kann. Das wird schon dadurch bekundet, daß man bereits seit 2 Jahren diese Nächsteliebe übt. In Paris hat man nur Angst vor dem Anschluß an Deutschland, in England aber und in Italien befürchtet man kommunistische Unruhen.

Oesterreich und der Vatikan.

Rom, 26. Jan. (Agenzia Stefani.) Der Papst hat an den Kardinalstaatssekretär Caspari ein Schreiben gerichtet, in dem er die gegenwärtig so traurige und unhaltbare Lage Oesterreichs beklagt, die dem österreichischen Volke nicht die Möglichkeit gibt, sich die Mittel zum Lebensunterhalte zu schaffen. Der Papst erklärt, daß er nicht die Absicht habe, eine Lösung dieser hochpolitischen Frage vorzuschlagen, die den Regierungen vorbehalten bleibe, dagegen den Kardinalstaatssekretär aufzufordern, die Aufmerksamkeit der heim l. Stuhl beglaubigten Diplomaten auf diese schwerwiegende Aufgabe zu lenken. Der Papst sagt weiter in seinem Schreiben, daß Wien ein Körper ohne Kopf sei, der mit dem Elend und der Verweissung kämpfe. Einige Regierungen hätten wohl Hilfe zugesagt, aber selbst wenn diese auch bald käme, könne sie doch nicht wirksam sein, denn Oesterreich fehle die Möglichkeit zum eigenen Leben. Der Brief schließt mit dem Wunsch, daß die Regierungen sich von den hohen Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit leiten lassen, und die Mittel ins Auge fassen werden, um dieses zu verwirklichen.

Paris, 26. Jan. „Echo de Paris“ meldet: In einer Besprechung zwischen Briand und Lloyd George kam zum Ausdruck, daß die französische und englische Regierung die neuerlich vertriebenen Anstaltsbestellungen Oesterreichs an Deutschland schärfstens verurteilen. Die Entente sei entschlossen, jederzeit gegebenenfalls unter Anwendung von Gewalt Verhinderung eines Anschlusses der beiden Staaten zum Scheitern zu bringen.

Die heutige Arbeit.

Paris, 26. Jan. Nach einer Meldung des „Matin“ wird die Konferenz heute die Reparationsfrage in Angriff nehmen, und zwar wird sich in erster Linie der französische Finanzminister Doumer über die finanzielle Lage Frankreichs aussprechen.

Die Jahreszahlungen.

Paris, 26. Jan. „Echo de Paris“ stellte fest, daß die Beratungen, die am Samstag bei dem Präsidenten Millerand stattgefunden haben, den Zweck gehabt hätten, das System der Rutschzahlungen und das System der Reparationskommission miteinander in Einklang zu bringen. Es sei übrigens interessant, festzustellen, daß Briand das Unangenehme des Systems der fünf Jahreszahlungen anerkannt hat und man jetzt dazu neige, 2 oder 3 Jahreszahlungen festzusetzen. „Reit Parisien“ schreibt, die deutschen Arbeiter sollten in den Nordbezirken nur zugelassen werden, soweit sie die französischen Arbeiter nicht überbieten, und deutsche Produkte sollten nur eingeführt werden, soweit sie der französischen Industrie keine Konkurrenz machen. „Somme Libre“ bemerkt, daß das Schicksal Frankreichs zum größten Teil von der Entscheidung abhängt, die die Konferenz in der Reparationsfrage treffen werde. Komme es diesmal zu keinem Ergebnis, dann werde es im ganzen Lande eine große Enttäuschung hervorzurufen, die einen Jornesaubbruch zur Folge haben werde.

Die Londoner Orientkonferenz.

Paris, 26. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Die „Daily Mail“ und das „Echo de Paris“ bekräftigen die Mitteilung, daß die Londoner Konferenz für die Orientfragen am 21. Februar eröffnet werde. Im „Echo de Paris“ äußert sich Bertinax über diese neue Londoner Konferenz folgendermaßen: Briand und Sorza waren es, die auf eine Abänderung des Vertrages von Sevres bestanden und zwar mit der Begründung, daß es sich darum handle, bei den türkischen Nationalisten den Boshchewisten den Rang abzulassen. Daraufhin übertrug Lord Curzon die Konferenz mit dem Vorschlag, am 21. Februar in London eine internationale Konferenz abzuhalten, zu der die Türken und die Griechen hinzugezogen werden sollen. Die Regierung von Angora werde zwar nicht formell eingeladen werden, aber man rechne darauf, daß die hohe Flotte dafür sorgen werde, daß bei der türkischen Vertretung einige Mitglieder der Kemalisten sich befinden werden. Bertinax glaubt, daß der englische Vorschlag einen Wendepunkt in der Haltung Englands bezüglich der Orientfrage bedeutet.

mitteln äußerst unzureichend ist. In seiner Entschliessung fordert der internationale Ausschuss die Regierungen auf, eine Aktion zu ergreifen, um die Kohlenversorgung mit der Nachfrage in Europa in nähere Beziehung zu bringen. Die Bergarbeiter aller Länder wurden aufgefordert, die Ueberhöhen abzugeben. Wenn die Produktion weniger als den Selbstbedarf an Kohlen fördert, so soll dieser nur durch Verbesserung der Produktionsmethode und nicht durch die Verlängerung des Arbeitstages ausgeglichen werden. Der Ausschuss beschloß, die Entschliessung unverzüglich der augenblicklich in Paris tagenden Konferenz der alliierten Regierungen zu übermitteln.

Das Unterparlament.

London, 26. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Sir Edward Carson, der bekannte Unterparlamentarier, hat nunmehr selbst bestätigt, daß er die Präsidentschaft im neuen Unterparlament für Nordirland nicht übernehmen wird und zwar aus Gesundheitsrückichten. Carson fühlt sich infolge seines Alters dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen. Er hat aber erklärt, daß er die Führung der Unterparlamentarier im Unterhaus beibehalten werde. Als Präsident des neuen Unterparlaments wird wahrscheinlich Sir James Craig in Frage kommen.

Die spanische Kabinettskrise.

Madrid, 26. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Dato hat dem König gegenüber an der Demission des Kabinetts festgehalten. Man zweifelt aber nicht daran, daß Dato wiederum mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt wird.

Kapitän Körig verschollen.

Berlin, 27. Jan. (Drahtbericht.) Wie dem „Berl. Lokalanziger“ aus Halle gemeldet wird, ist der Führer des ersten Handels- und Erzieherbootes „Deutschland“, Dr. h. c. Kapitän Körig, verschollen. Er war als Kapitän des Hochseebampfers „Senator Michaelis“ in See gegangen. Das Schiff wird von der Duxhavener Hochseeschiffahrtsgesellschaft als verloren angesehen.

Das russische Problem.

Als Napoleon Europa unterworfen hatte und das Römische Reich wieder errichtet zu haben glaubte, scheiterte sein unerfährlicher Ehrgeiz an der Unüberwindlichkeit des russischen Kolosses. Heute beunruhigt das russische Problem wieder die weltbeherrschende Entente, die eine neue Herrschaft über Europa errichtet hat, zu deren Befestigung nur noch die Einbeziehung Russlands in ihren Machtbereich fehlt. Wilson, der sich in eitlem Selbstbespiegelung für den Schöpfer der neuen Weltordnung hält, in Wirklichkeit aber nur die Rolle des Propagandachefs in dem englisch-französischen Weltteilungsplan gespielt hat, befürchtet von Russland allein noch die Zerstörung seines Werkes. In einer der Form nach die armenische Frage behandelnden Note beschäftigt er sich, von Sorgen erfüllt, mit dem russischen Problem, für das heute niemand mehr eine vernünftige Lösung weiß. Daß der Weg der Gewalt bisher gegenüber Sowjetrußland nicht zum Ziel geführt hat, gibt Wilson offen zu. So versucht er es denn, auch Russland gegenüber in der Rolle des Friedensbringers aufzutreten. Er kommt zum Schein Lenin ein gewaltiges Stück entgegen, und erklärt nunmehr, die russische Revolution sei in ihren Hauptwirkungen nützlich gewesen, sie müsse nur die Möglichkeit haben, sich friedlich weiter zu entwickeln. In America, wo man mehr als anderswo im Bolschewismus die größte Gefahr für die Zukunft der Kulturwelt erblickt, müßte man bei diesen Worten Wilsons eigentlich erstaunt aufhorchen, wenn man dort den Schönredner und Wortemacher auf dem Präsidentenstuhl nicht zu gut kennen würde, um ihn noch allzu ernst zu nehmen.

In Russland wird man den schlaun Fuchs, der nur darauf lauert, daß der russische Bär seinen sicheren Zufluchtsort aufgibt und sich der Macht der Entente unterstellt, natürlich sehr wohl durchschauen. In Deutschland konnte er einst durch seine Verheißungen die Hoffnung erwecken, daß er der Welt den Rechtsfrieden bringen werde. Da er den uns aufgezwungenen Gewaltfrieden weder verhindert hat, noch verhindern wollte, so weiß jeder Russe heute, was er von solchen Friedensversprechungen zu halten hat. Wilson spielt diesmal den Schützer Armeniens, für das er eine besondere Vaterliebe heuchelt. In Wahrheit entspringt der Gedanke eines von der Entente abhängigen Staates nur dem Bestreben, zwischen Russland und die Türkei einen Keil zu schieben, der ihre Vereinigung gegen den gemeinsamen Feind verhindern soll. Aber weder Russland noch die Türkei können es auf die Dauer dulden, daß ein armenischer Kleinstaat von der Entente Gnade in Form von einander trennt. Wilson weiß natürlich ganz genau, daß er den armenischen Freund nicht mehr retten wird. Nur wenige Wochen noch und der hinterhältige Friedensstifter ist ein politisch toter Mann. Sein Nachfolger Harding wird für das armenische Lieblingsspielzeug Wilsons keinen Cent und keine Note mehr übrig haben.

Was will also Wilson mit seiner neuesten Note eigentlich noch erreichen? Will er nur ein letztes Lebenszeichen von sich geben, um sich noch vor seinem politischen Tode des Nobelpreises würdig zu zeigen. Diese Auffassung hieße zweifellos den wahren Charakter Wilsons verkennen, wie man ihn in Deutschland leider so lange verkannt hat.

Der amerikanische Präsident spielt noch immer dieselbe Karte, der er während des ganzen Krieges treu geblieben ist, nämlich die französische. Sein Vorschlag, Russland soll Armenien anerkennen und dafür sollten die Mächte sich verpflichten, die territoriale Integrität Russlands zu sichern, ist nichts anderes als ein Schachzug der französischen Diplomatie, die genau weiß, daß Russland hierauf nicht eingehen kann, und die schon zum Frühjahrselbstzug gegen Sowjetrußland rüstet. Der französische Imperialismus braucht einen Kriegsgrund, um vor dem eigenen Volke und vor der friedensbedürftigen Welt die neuen Kämpfe und den neuen Feldzug rechtfertigen zu können. Nimmt die Räteregierung den Wilsonschen Vorschlag an, dann schiebt sie in der Falle, denn die ihr verprophete Integrität ist genau so dehnbar und auslegungsfähig wie die 14 Punkte des Herrn Wilson. Man hat von Russland, Polen, Litauen, Estland, Lettland, Finnland und Bessarabien bereits abgetrennt. Man hat ihm die ganze Ukraine, die Krim, den Kaukasus und im Osten Sibirien gewaltsam zu rauben versucht. Alles unter dem Vorwande, daß diese Gebiete nicht zu Russland gehörten, sondern als Randstaaten zu betrachten seien. Was bleibt aber dann für die verheißene Integrität Russlands schließlich noch übrig? Zerreiht dagegen Sowjetrußland das Netz, das man ihm über den Kopf werfen will, und lehnt die Wilsonnote ab, dann hat Frankreich den gewünschten neuen Kriegsgrund. Dann heißt auch gegenüber Russlands nichts übrig als Gewalt, Gewalt bis zum äußersten. Wilson wird dann zum zweiten Male die französischen Waffen segnen, wenn er sie auch nicht mehr zu verstärken vermag. Eine Frage bleibt freilich noch offen: Wie wird England, das heute dem russischen Problem aus wirtschaftlichen Gründen doch schließlich mit ganz anderen Absichten gegenüber steht, den Versuch Wilsons, die französische Gewaltpolitik auch gegenüber Russland zum Siege zu führen, aufnehmen? Denn England ist heute in Wirklichkeit Gegner jeder Intervention gegenüber Sowjetrußland, während Wilsons überflüssige Note gegen die Intervention in Wahrheit die Intervention vorzubereiten bestimmt ist.

Das britisch-russische Handelsabkommen.

London, 26. Jan. Gestern abend wurde vom Handelsamt der Wortlaut des Entwurfs für ein Handelsabkommen zwischen der britischen und der russischen Regierung veröffentlicht. Die beiden wichtigsten Punkte beziehen sich auf die Ernennung britischer und russischer offizieller Agenten, die unter andern Privilegien Befreiung von Verhaftung und Durchsuchung genießen und auch die Garantie der britischen Regierung gegen die Beschlagnahme russischen Geldes. Dem Abkommen hinzugefügt ist eine Erklärung über die Anerkennung der Forderungen, in der beide Parteien bestimmen, daß alle Forderungen, die von irgend einer der Parteien oder ihren Untertanen gegen die andere Partei eingegangen wurden, behandelt werden sollen in einem neutralen, allgemeinen Vertrag, der die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen beider Länder regelt.

Hungerstreik im Russen-Lager.

Magdeburg, 25. Jan. (Drahtbericht.) In dem Russenlager zu Gardelegen sind die Russen in einen Hungerstreik getreten, um durch diese Maßnahme die Ueberfufung eines mißliebigen Arztes zu erzwingen.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 26. Januar 1921.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltete gestern, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal III der Brauerei Schrempf einen Vortragsabend des Rechtsanwalts Dr. L. Friedberg über: „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages von Versailles“ (nach Kennes). In kurzen Zügen wiedergegeben, führte er etwa folgendes aus: Durch die Entwicklung der europäischen Agrarstaaten nach 1870 zu Industriestaaten schien das brennende Ueberbevölkerungsproblem gelöst. Gleichzeitig krieg die Völkervermehrung ungeheuer. Deutschland hat sich z. B. von 40 Mill. Einwohner auf 68 Mill. vermehrt (jährlich 850 000). Oesterreich von 35 Mill. auf 50 Mill. Der Krieg hat an diesen Ziffern nichts wesentliches geändert. Die Ernährung dieser Massen war nur durch eine feine Organisation möglich, in der ein Land vom anderen abhängig wurde. Verkehrs- und Zollwesen, Kohlen und Eisen, Außenhandel waren die Ecksteine von Deutschlands Wohlfahrt. Der Versaillesvertrag von 1919 kannte keine europäischen Interessen. Nur zwei Gedankenwelten kämpften hier miteinander, die 14 Punkte Wilson und der Karttagartrien Clemenceaus. Letzterer siegte bekanntlich. Auf dem Gebiete des Außenhandels hatte Deutschland die Fahrzeuge der Handelsmarine fast sämtlich abzugeben. Hamburg und Bremen sind Handelsstädte geworden. Deutschland hat seinen Feinden alle Rechte und Ansprüche in seinen überseeischen Besitzungen abgetreten. Deutsches Privateigentum wird liquidiert. Dasselbe gilt von Elsaß-Lothringen. Die Bestimmungen über Kohlen und Eisen sehen zunächst die definitive Abtretung der Saar-Kohlengruben an Frankreich vor. Oberhalb mit seinen 23 Proz. der gesamten deutschen Kohlenförderung ist dem Plebiszit unterworfen. Außerdem muß Deutschland die zur Genüge bekannten großen Kohlenablieferungen machen. Keine Prophezeit, daß wenn Frankreich und Italien in diesen schweren wirtschaftlichen Bedingungen nicht zu einer Verständigung bereit sind, die proletarische Weltrevolution unausbleiblich sei. Unsere Eisenröhre, die wir zu 75 Proz. aus Elsaß-Lothringen bezogen, sind uns unweiberrücklich verloren. Im Zoll- und Verkehrswesen ist das deutsche Reich verflochten, den Zollstaaten auf 5 Jahre Meistbegünstigung bei Einfuhr und Ausuhr, Zollverträgen, Tarifen usw. zu gewährleisten. Die Führerschaft (Rhein, Donau, Elbe, Oder u. a.) ist internationalen Ausschüssen übertragen, in denen Deutschland durchweg über die Minorität der Stimmen verfügt. Das traurige Kapitel der Wiedergutmachung behandelt Regnes ausführlich. Nach einwandfreien Statistiken über die deutsche Wirtschaftslage kommt er zu dem Schluss, daß Deutschland höchstens 2 Milliarden Goldmark jährlich zu zahlen im Stande sei. Rettung ganz Europas sieht Regnes nur in folgenden 4 Vorschlägen. 1. Los von der Atmosphäre des Friedens von Paris; 2. Annulierung der Kriegsschulden der verbündeten Regierungen untereinander; 3. Internationale Anleihe und Währungsreform; 4. Richtiges Verhältnis Mitteleuropas zu Rußland, Aufbau Rußlands im wesentlichen durch Deutschland. Lebhafter Beifall lohnte die interessanten Ausführungen des Referenten. Anschließend fand eine freie Aussprache statt.

Wohltätigkeits- und Pressefest.

Für die Veranstaltung, die nun im Programm festgelegt ist, befindet die Öffentlichkeit das größte Interesse, was bei dem heute begonnene Vordere auf praktisch in Erscheinung treten wird. Damit über den Charakter des Festes, dessen Kernstück die „Kinderhilfe“ und sozialen Einrichtungen der Presse zugute kommt, Klarheit besteht, sei im folgenden noch einiges zur Orientierung mitgeteilt. Es wird unbedingt darauf gesehen, daß bei dem im großen Saale der Festhalle sich abspielenden Kostümball nur ganz einwandfreie Kostüme zu sehen sind. Landstreicher und ähnliche Bekleidungen, ebenso als Damen verkleidete Herren werden nicht zugelassen. Das Tragen von Gesichtsmasken ist unbedingt verboten. Im großen Saal ist das Rauchen aus feinen Fall gestattet. Der Besucher hat die Wahl zwischen Ballanzug und Kostüm. Das gilt für Damen und für Herren. Besonders Stätten der künstlerischen Zerstreuung und Unterhaltung werden im Kabarett des kleinen Festhallsaales, in der Diele und im Bierstübchen bei Schrammelmusik geschaffen. Für Kabarett und Diele haben sich anerkannte Kräfte aus dem Gebiete des Humors in freudlicher Weise und eingedenk des wohltätigen Zweckes zur Verfügung gestellt. Die Herren Müller und Eitel vom Landestheater werden alles aufbieten, um ihren anerkannten Ruf als Stimmungsmacher zu befestigen. Weiter wirken so hervorragende Kräfte wie Frau Olga Meriens-Leger, Hofiolotänger a. D. Allegri, Karl Anni Senler, Frau Hermsdorf vom Landestheater, Herr Köpcke und Gattin (Vieder zur Laute) mit. Mit weiteren Namen von Beliebtheit und Können ist zu rechnen. Im Kabarett wird um 9 Uhr mit einem Unterhaltungskonzert einer Kapelle von Musikern des Landestheaters, die sich bereitwillig zur Verfügung gestellt haben, begonnen. Auch in der Diele wird der Aufenthalt so angenehm wie möglich gestaltet. Hier werden auch Damen aus der Gesellschaft in kleidbaren Kostümen die Bedienung übernehmen. Sämtliche Räume erhalten feine Ausschmückung, sodas die Besucher auch in dieser Hinsicht befriedigt sein werden. Um Gelegenheit zu geben, das eindrucksvolle Bild von der oberen Galerie zu genießen, wird die erste Reihe vorbestaltene Plätze aufweisen. Die entsprechenden Karten kosten 30 M. Neue der linken Seite sind bei Stadtkarteneinnehmer Bronner, jene der rechten in der Musikalienhandlung Müller, Kaiserstraße 124a zu erhalten. Für das Belegen von Plätzen wird pro Stuhl eine Gebühr von 2 M. erhoben. Diese Plätze werden aber nur bis 1/2 Uhr freigegeben. Die breite Anlage des Festes dürfte schon aus diesen Angaben hervorgehen. Hier ist der Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben, den Kindern ein warmes fließendes Herz zu erweisen und gleichzeitig der Presse, die sich aller öffentlichen und sozialen Bestrebungen warm annimmt, Wohlwollen zu zeigen. Es ist kein Geheimnis, daß die Männer der Feder über dem Eintreten für die Interessen ganzer Schichten der Bevölkerung ihre eigenen sozialen Nöte etwas

in den Hintergrund haben geraten lassen. Mit der Veranstaltung soll nun auch hier Wandel und ein Fond geschaffen werden, der es ermöglicht, Einrichtungen humaner Art näher zu treten. Nicht zuletzt war es ja die Presse in ihrer Gesamtheit, die alle Aktionen auf

Veränderung des Kindererlebens energisch förderte und zum Gelingen führte. Ein Besuch des Wohltätigkeits- und Pressefestes am 5. Februar in der Festhalle ist also die Bekundung von Sympathie für die Pressewelt und alle, die in ihr beruflich aufgehen.

Badischer Landtag.

Die Förderung der Landwirtschaft — Der amerikanische Ueberfall in Eberbach.

11. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 26. Januar.

Präsident Dr. Kopf eröffnete um 9 Uhr 20 die Sitzung. Das Haus setzte die Aussprache über den 2. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1920 bei der Hauptabteilung Ministerium des Innern, Titel: Förderung der Landwirtschaft, fort.

Abg. Wierner (Ztr.) auf der Tribüne schwer verständlich, bezeichnete den freien Handel als die beste Bekämpfung des Wuchers. Abg. Häfzig (Soz.): Bei der staatlichen Viehvermehrung ist es ein Schaden, daß die Entschädigung für das gestohlene Vieh zu spät ausbezahlt wird. Es sollte die oblige ortliche Versicherung durchgeführt werden. Die landwirtschaftlichen Wirteschulen sollten stärker beachtet werden. Die Mischkulturen an der Ackerbauschule Hochburg haben mir im vorigen Jahre Anlaß zu einer Antrage gegeben, sie sind aber heute nicht vorhanden. Das Weinbauinstitut in Freiburg sollte die weinbaureisenden Gemeinden untertütigt werden. Auch in der Landwirtschaft sollte der Gedanke der Sozialisierung propagiert werden.

Abg. Ziegelwanger-Langenbrüden (Ztr.): Wenn die Sozialisierung in der Landwirtschaft durchgeführt würde, gebe es diese „Gut“, aber wenig „Schaff“. So wäre es auch der Fall, wenn die Kohlen sozialisiert würden, dann würden wir unerschwinglich hohe Preise erhalten; daß die Landwirtschaft geschult war, hat sie im Kriege bewiesen. Die Zwangsverpflichtung sollte bald verschwinden, denn sonst geht die letzte Erbschaft dahin. Wenn wir die Kriegsgesellschaften aufgehoben hätten, würde das Brot billiger werden, denn man würde auf diese Weise viele Millionen sparen, die zur Befruchtung des Brotes verwendet werden können.

Abg. Strobel (Soz.): Das Ministerium des Innern befindet sich in guten Händen und von ihm wird kein Mißbrauch von seinen Gewalten gemacht wie in früheren Jahren. Deutschland ist jetzt gar nicht mehr in der Lage, selbst etwas zu tun, das beweist zeigt das Vorkommnis in Eberbach. Dieser amerikanische Ueberfall auf badischen Boden zeigt uns, wie vorsichtig wir in Baden unsere Politik einrichten sollen. Es ist deshalb die Meinung verbreitet, wir haben noch in Baden ein Oberkommando. Es besteht in Mammeln die Befürchtung, es könne deshalb einmal ein Einmarsch der Franzosen in Baden erfolgen. Es darf nicht geduldet werden, daß Sozialdemokraten aus der Technischen Nothilfe ausgeschaltet werden, denn die Sozialdemokratie hat sich besondere Verdienste um die Ordnung in Deutschland erworben. Die Landwirtschaft sollte mehr Verständnis für die anderen Berufe haben. Der neosozialistische Gedanke, den wir verbreiten, wird eine Notwendigkeit für die Landwirtschaft werden. Der Reichs- und Landwirtschaftsminister, der dem Zentrum angehört, hat gesagt, die Getreidezwangswirtschaft könne nicht aufrechterhalten werden, hier fordert aber das Zentrum das Gegenteil. Die Tätigkeit der Bergarbeiter muß man anerkennen, was sie getan haben, soll auch die Landwirtschaft tun. Das Umlageverfahren wird bei der Getreideverlorgung nur einen Zweck haben, wenn festgesetzt wird, was anzubauen werden muß.

Abg. Freundberg (Dem.) fragte wegen der Vorgänge in Eberbach an.

Minister Kemme beantwortete die Anfrage und legt dar: Was sich am Samstag in Eberbach abgespielt hat, zeigt die ganze Ohnmacht Deutschlands, um was das Ausland dem deutschen Volke bieten darf, ohne Aussicht zu haben, dafür Vergütung zu bekommen. In Eberbach hielten sich seit einiger Zeit ein Amerikaner und sein Begleiter auf, die sich geweigert hatten, gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen. Sie wurden in Amerika zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, konnten entfliehen und sind seit Oktober letzten Jahres in Deutschland. Die Eltern der beiden sind Deutsche. Beide haben den Antrag auf Einbürgerung gestellt und diesem Antrage wurde entsprochen. Am Samstag trat ein Automobil mit Amerikanern aus dem Besatzungsgebiet ein, die Helfershelfer aus der Wals bei sich hatten. Sie hatten den Auftrag, die beiden Deutsch-Amerikaner nach dem besetzten Gebiet zu verbringen. Während eines Spazierganges wurde der Deutsch-Amerikaner gegen 6 Uhr überfallen, als er an den Bahnhof fuhr und ausgehoben war. Es wurde ihm eine geladene Pistole vor die Brust gehalten. Als er sich bückte, trat der abgefeuerte Schuß und verwundete seinen Begleiter. Die Täter wurden dann von Zivilpersonen festgenommen. Als die Bevölkerung den wahren Sachverhalt erfuhr, konnten die Gendarmen die Festgenommenen mit mit Mithilfe von Mischhandlungen schlingen. Die Täter waren richtigermaßen amerikanisch ausgerüstet; sie hatten Waffen, Handtaschen und Bekleidungsstücke. Es war dies also ein Ueberfall auf deutschem Boden, ohne daß nach Behörden und Gesetz gefragt wurde. Die Staatsanwaltschaft hat sich mit der Angelegenheit befaßt. Das Staatsministerium wird mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung stehen können. Wir können nur in der Sache anwendlich nichts tun. Der Vorkall ist zu beurteilen, weil sich Deutsche hergaben, um ein solches Handwerk durchzuführen. Bei der

Sicherheitspolizei ist alles getan worden, daß in Baden alles im Rahmen der allgemeinen Ordnung durchgeführt ist, daß man beruhigt sein kann. Es handelt sich nach den Vorschriften der Entente um eine reine Polizeiverwaltung. In den Bezirken Waldshut, Mühlheim und anderen Orten haben Werbevereinigungen für die Techn. Nothilfe Statge-

funden. Die Technische Nothilfe ist eingerichtet worden, um Lebensnotwendigen Betrieben vor Streiks zu schützen. In Baden wurde an alle Verfügungen an die Bezirksämter darauf hingewiesen, daß mit der Nothilfe keine Nebenbede verhandelt werden dürfen. In manchen Gemeinden glaubte man, daß die Nothilfe verhandelt werden könne zur Abwehr gegen Uebergriffe hungernder Städter auf dem Lande. Man glaubte, daß die Regierung die Nothilfe bei einem Eisenbahnstreik benutzen wollte. Tatsache war aber, daß die Regierung mit den Eisenbahner-Organisationen Abmachungen getroffen hat, damit im Falle eines Eisenbahnstreiks Lebensmittel- und Milchzüge weiter verkehren sollen. Auf die weitere Antrage des Abg. Viehauer werde ich noch zurückkommen. Zuschüsse an die Landwirtschaftskammer bei den ihr zugewiesenen Betrieben wurden nicht gegeben, weil sie selbst keinen Antrag gestellt hat. Deutschland hat vor dem Krieg kein Vieh mehr eingeführt, sondern sogar noch exportiert. Wir dürfen also im Interesse der Arbeiter kein Vieh einführen. Der Staatsvertrag für die Viehvermehrung wird so lange weitergeführt werden, bis das Vieh geändert ist.

Von der Reichspost werden die Personen-Kraftwagenverkehrs-linien, die von der Eisenbahndirektion in Baden eingerichtet worden sind, übernommen werden, während die Kraftwagenverkehrs-linien ausschließlich Kraftwagenbetrieb auf den Ausflusstrecken gefahrt werden.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.): Zu dem Fall in Eberbach bin ich der Meinung, daß wir mögliche Ruhe bewahren müssen. Ueber die Handlungsweise der deutschen Staatsbürger kann man nur sagen: das sind Schäfte und Lumpen. Ich schließe mich dem Urteil des Abg. Strobel über die Person des Ministers des Innern an. Bei der Technischen Nothilfe hat man es nur mit treuen Bestrebungen zum Wohle des Ganzen zu tun. Im Namen meiner Fraktion spreche ich ihr den Dank aus.

Bei der Definition des Wortes „Sozialisierung“ begegnet man den verschiedensten Meinungen. Ehe die Sozialisierung der Güter kommt, muß die Sozialisierung des Geistes kommen. Hierzu sind die Kräfte des Christentums nötig. Die Sozialdemokratie hat aber gegen die Geistessozialisierung seit 50 Jahren den Klassenkampf gepredigt. Was die Sozialisierung der Güter angeht, muß man äußerste Vorsicht walten lassen. Mit einem Experiment ist es nicht getan. In der Literatur sieht man auch schon einen Umschwung, eine Zurückhaltung. Die Milliarden, die in bestimmte Taschen fließen, sollen dem deutschen Volke zugute kommen. Bei der Landwirtschaft muß man ebenfalls äußerst vorsichtig sein. Experimente auf diesem Gebiete stellen die Ernährung des Volkes in Frage. In den Industriezentren herrscht nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den früher gehobenen Ständen Not. Die Hebung der Produktion hängt ab von dem Fleiße und der Arbeitsfreudigkeit der Produzenten. Wenn diese zerstört wird, wird weniger produziert werden. Es gibt freilich auch Landwirte, die ihrer Pflicht nicht genügt haben, denn in dem großen Rennen nach dem Mammon wird auch der eine oder der andere Landwirt angefaßt. Bei Rennen am Totalisator und auf den Jahrmärkten sieht man keine Bauern. In den Städten lebt neben Luxus große Not. In stiller Arbeit wirken die christlichen Kirchen auf dem Gebiete der Fürsorge, ohne Ansehen der Partei. Nicht der Ständekampf, sondern das Zusammenarbeiten muß proklamiert werden, um uns aus der Not herauszubringen. Anerkennung sollen wir der Liebestätigkeit des Auslandes und des apostolischen Stuhles. (Beifall.)

Abg. Dr. Gothein (Dem.) gab seiner Entrüstung über die Beteiligung von Deutschen an den Vorgängen in Eberbach Ausdruck und sprach dann fort: „Auch wir sollen dem Minister des Innern unser Vertrauen für seine Gerechtigkeit und Sachkenntnis. Nach nachlassender wie die Arbeiter seit der früheren Weltstand. Nur in Notlagen kann der Staat die Pflicht haben, für Arbeit und Nahrung seiner Bürger zu sorgen; in normaler Zeit muß dies der Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen überlassen bleiben. Der Abbau der Zwangswirtschaft muß unaufhaltsam kommen. In Zukunft muß sie auf eine bestimmte Ablieferungsmenge der Landwirte zu Gunsten der Industriebevölkerung beschränkt werden. Bei freien Handel wird der Schleißhandel verschwinden, sodas die Preise kaum erhöht werden. Das Kartensystem darf nur noch für die Bedürftigen in Anwendung gebracht werden. Durch Einfuhr von Kraftfutter kann die Milchgebigkeit der Kühe gesteigert werden.“

Abg. Kurz (Soz.) behandelte die Frage der Aufhebung der Landesbrennstoffstelle. So lange die Kohlennot bestehe, müsse die Landesbrennstoffstelle erhalten bleiben. Der Redner besprach noch eine Anzahl wirtschaftlicher Einzelfragen.

Gegen 1 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen. Wie der Präsident mitteilte, sind noch 12 Redner zum Worte gemeldet. Das Haus verlag sich zur Fortsetzung der heutigen Aussprache auf Donnerstag früh 9 Uhr.

Backpulver-Oberko, die zuverlässige Marke Vanillin-Backpulver-Oberko. Verleiht dem Gebäck köstlichen Vanille-Geschmack. Im Gebrauch besser und billiger als Vanille-Zucker.

Badisches Landestheater in Karlsruhe.

Neuinszenierung der „Zauberflöte“.

Viel könnte für die künstlerische Kultur und (um das Wichtigste und Dringlichste nicht zu vergessen) auch für die Theaterkasse gewonnen werden, wenn die alten, beliebten Meisterwerke der Oper nach außen und innen neu aufgeführt würden. Sie könnten dadurch den Reiz der Neuheit wiedererlangen und auf Jahre hinaus wieder Zugstüde werden. Für derartige Neuauführungen kämen in erster Linie die Opern Mozarts und Wertings in Betracht, dann aber sämtliche Repertoirstücke, die jahraus, jahrein die Massen ins Theater ziehen. Zwar sind Neuinszenierungen heutzutage eine kostspielige Sache und man muß schon, wie Karlsruhe, das Glück haben, einen Vorstand des Ausstattungswesens sein Eigen zu nennen, der mit den geringsten Mitteln Künstlerisches zu bieten vermag, der das Unscheinbarste zu Qualitätswirkung zu entwickeln und seine Visionen auf dem Boden der Einfachheit lebensvoll zu gestalten weiß. Es ist Emil Burkard, der in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit durch seinen künstlerischen Geschmack und seine Unermüdlichkeit schon Außerordentliches und Bedeutungsvolles geleistet hat.

Er hat sich nun auch Mozarts „Zauberflöte“ angenommen, die am morgigen 166. Geburtstag des Meisters neuinszeniert zur Aufführung gelangen soll. Man darf wohl sagen, daß dieses unvergängliche Werk eine Neuaufführung an unserer Bühne verdient. Emil Burkard kam es vor allem darauf an, die märchenhaften Elemente der Handlung, sowie die farbige Umwelt der Personen zu veranschaulichen. Er hat im Ganzen elf Bilder geschaffen. Die Entwürfe mußten sich mit dem Neuesten bescheiden, weil die für die Ausführung zur Verfügung stehende Summe sehr niedrig bemessen war. Dann aber zwang auch die Forderung, die zahlreichen Veränderungen rasch zu ermöglichen, zu letzter Vereinfachung. Die einzelnen Bilder sind also auf wenige Kulissenstücke beschränkt. Dennoch mußte für die in ständiger Landschaft spielende Oper auch in ihrer äußeren Erscheinung der Eindruck des Musikfests gewahrt werden. Ueberall sind die weitestgehenden Linien der Mozartschen Melodien in adäquate architektonische Formen gebracht worden. Wir finden z. B. nicht mehr die schweren, drückenden, überbarocken ägyptischen Tempelkölle, sondern mehr stilisierte, sich verbindende Tempelkörper, die trotzdem ägyptische Charakterzüge tra-

gen. Ueberhaupt liegt über allem orientalischer Hauch. Die slavische Nachahmung irgend einer ägyptischen Stilperiode wurde glücklicherweise vermieden, und es doch auch deutsche Gefühlswelten, die in der Musik das Allgemeine-Menschliche darstellen. Burkard konnte sich also mit Andeutungen ägyptischer Motive begnügen, im übrigen aber der Phantasie freie Bahn lassen.

Fräulein Margarete Schellenberg, die künstlerische Leiterin des Kostümwesens, hat in die Burdardschen Dekorationen die entsprechenden Figuren hineinkomponiert und die Erscheinungen in ihrem Wesensausdruck farblich wie linear, außerordentlich fein und sicher getroffen. Durch einfache Ornamente sind die einzelnen Gruppen der handelnden Personen aneinander abgestimmt und miteinander verbunden. Ueberall wurde edelste Stilisierung erstrebt und auch erreicht.

Durch die Kürze des Termins und all die widrigen Umstände der Zeit konnte leider nur ein Teil der neuen Kostüme fertiggestellt werden, immertin aber wird gerade die wichtige priestertliche Welt in ihrer neuen Einkleidung sichtbar werden. A. A.

Frau von Tyszka singt erstmalig die Ramina und Krl. B. o. Letti die Papagena. Die drei Damen der Königin der Nacht finden ihre Verkörperung in Frau Tracema-Briegelmann, Frau Josef-Tomischil und Krl. Leibiger. Die übrige Besetzung ist die bekannte. Am Sonntag, den 30., gelangt die „Zauberflöte“ zur Wiederholung.

„Marta“ von Flotow. Flotows, in der Lebensstarke etwas blasse, aber in der rhythmischen Körperlichkeit recht lebendige Oper „Marta“ fand gestern unter der sorgfältigen musikalischen Leitung Wilhelm Schwepes eine gute und fesselnde Wiedergabe. Im Orchester wurde geschmackvoll differenziert, überall die Grenze künstlerischer Schönheit gemahrt. Die Sänger beschränkten sich des gleichen Bestrebens und so kam die zahlreiche Zuschauerzahl zu nachhallendem Genuß. Frau Marie von Ernst gestaltete die Hauptpartie wieder aus ihrer ganzen, reifen Künstlerkraft, die vollendeten Gesang mit natürlicher Partikeln so einheitlich zu verbinden weiß. Der Gast des Abends, Paul Stieber-Walter, der den Lyonel verkörperte, besetzte den guten Eindruck, den er als Turiddu gemacht hatte. Die Stimme klingt warm, ausgeglichen und wird mit großer Sicherheit getragen.

Obwohl der Künstler etwas indisponiert schien, traten diese Vorträge unverkennbar hervor. Nirgends verläßt er die Linien der Tonigkeit, überall waltet musikalischer Geschmack. Sein Spiel atmet Freiheit, Leidenschaftlichkeit und Mäßigkeit. Man spürt Selbstbewußtsein, das aber fern von allem Ueberheblichen ist. Die Leistung des Gastes wurde durch geradezu stürmischen Beifall anerkannt. Frau Josef-Tomischil sowie die Herren Karl Giese, Fritz Hande und Josef Gröhinger unterhielten mit ihren munteren Rollen aufs Beste. Auch der Chor machte seine Sache gut. Die Regie zeigte die gewissenhafte Hand Hans Bujards.

Januarausstellung bei Schulte, Berlin.

Unser Berliner Kunstberichterstatter schreibt uns: Die Galerie Schulte zeigt auch in diesem Jahre eine Sonderausstellung der Künstlergruppe Jagd und Spor. „Man steht hilflos vor dieser Anhäufung von Wandgemälden, der mit Kunst nichts zu tun hat, und wundert sich, warum dies ist oder sein muß. Umlinert, als höchst auf einer Wand daneben die Moderne mit drei guten Bildern von Paul Plonitz hereinleuchtet. Man braucht selbst kein „Moderner“ zu sein, um diesen gesamten Jagd- und Sporraum für eine kleine Tafel dieses Künstlers hinzugeben, und selbst ein Galerieleiter solle soviel davon nicht verstehen, um zu sehen, wie er seine Ausstellungsräume durch solches Nebeneinander kompromittiert. Auch sonst sind einige anständige Kollektionen ausgehängt. August von Brandis ist über seine Lehrer Bogel und Anton von Werner hinausgegangen; er ist bezeichnend, postert keine Weltanschauung, sondern macht seine Interieurs und Blumenstücke mit großer Solidität, schöner Farbhäufung und vornehmer Geise. Dasselbe gilt von dem eine etwas kräftigere Handchrift schreibenden, doch artverwandten Wilhelm Brande, an dessen Annahmen, Stillleben und Blumenstücken man sich gern erfreut. Eine kleine Kollektion des ehemaligen Kunsthistorikers Dr. Gottfried Niemann bleibt belanglos. Dafür interessiert lebhaft der Kalligraphen Franz Eichardt mit seinen vierzig Bildern. Einer, der was kann und eine kraftvolle Hand hat, entwirft sich vom Impressionismus zum Kompositionen. Viel Bauernmilch, viel Landschaft, auch ein paar gute Porträts. Das Schöne, ein paar alte Spinnerinnen in mehreren guten Fassungen; ohne Jesus malt einer eine Welt, die er liebt. Dr. D. E. S.

